

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abbestellung: Die monatlich gebaltene Monatsbeilage oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanschlüsse 0.20 RM., für die Restbeilage anschließend an den beigefügten Kopierpreis 1.25 RM. Anzeigen-Nachnahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-L., Oberbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung der Bezugspreise

2. Jahrgang

Dresden, Montag den 15. Februar 1926

Nummer 38

## Gehlers schwarze Bande

Die Reichsregierung unterstützt die Dutzorgorganisationen

Zu „Deutscher Tageblatt“, dem Organ der Rüstlichen, mit Jürgen Ramin zur Frage der Schwarzen Dutzorgorganisationen und des engen Zusammenhanges zwischen Gehler und den schwarzen Verbänden auf. Er schreibt:

Es ist wahr, daß mit Wissen und Billigung nicht nur das Reichswehrministerium, sondern aller Regierungskreise sämtliche Schutzverbände und Freiwilligenverbände bestanden haben. Diese Organisationen „Schwarze Reichswehr“ zu nennen, ist allerdings nicht richtig, denn dadurch würde ihre Tätigkeit für Jüden falsch ausgedrückt sein. Die deutschpolitische Weltanschauung als solche hat aber niemals derartige Organisationen gebildet, womit nicht gesagt werden soll, daß die Angehörigen dieser Organisationen auch Anhänger anderer Weltanschauungen waren.

Diese Seiten enthalten ein vollständiges Eingeständnis der Verbindung der schwarzen Reichswehrverbände durch Gehler und seine Regierungskollegen. Ramin findet lediglich den Namen nicht für den Zweck dieser Verbände geeignet. Ihre Aufgabe war, den „Kampf zum Schutze der deutschen Bürger vor dem Schrecken der Föderalisierung“ (1) oder zum Schutze des deutschen Gebiets gegen polnische „Kriegsverbände“ zu führen.

Ramin erklärt dann, daß Gehlers Behauptung, er habe eine solche Organisation der Schwarzen Reichswehr nicht mit Graef und Ludendorff gebildet, nicht ist. Damit spielt er auf den Gegensatz zwischen Ludendorff und Seeckt an, auf den wir schon mehrfach hingewiesen haben. Seeckt vertrat 1923 den Standpunkt der legalen Militärdiktatur in enger Verbindung mit den entscheidenden Kapitalistengruppen Deutschlands. Wie trübten schickten die Ludendorff-Leute ihre Anhänger in die bayerische Schutztruppe des Großkapitals, die „gegen Föderalisierung“ kämpfen sollte, hinein.

Ramin schreibt über das Verhältnis der Regierung zur bayerischen Reichswehr:

„Mächtig aber ist es, wenn die republikanischen Behörden, nicht nur das Reichswehrministerium, es so darstellen, als hätte es niemals mit ihrer Billigung Verbände gegeben, die unpopuläre Aufgaben übernahmen, denen die Reichswehr damals allein nicht gewachsen war.“ (1)

Die groteske Rolle Gehlers wird durch die weiteren Ausführungen Ramins gekennzeichnet:

„Der Gehler meint nun, er werde von uns und den anderen Verbänden gezwungen, öffentlich von uns abzusagen, weil wir uns auf ihn beriefen. Ihm sei das auch sehr unangenehm wegen der Enterte. Wir haben uns nie auf ihn berufen“, sondern als man uns einseitig mit der Begründung wechsellieferte, die Selbstschutzorganisation Koffach sei ein von uns gebildetes, verbotenes Gebilde, haben wir uns erst dann darauf hinuntergelassen, daß diese Selbstschutzorganisation schon lange mit Wissen und Duldung nicht nur des Reichswehrministeriums, sondern überhaupt der republikanischen Verbände bestanden hätte.“

Mit diesem Artikel Ramins ist der scharfe Angriff der „Arbeiterstimme“ am Abend, die Herr Gehler, „Kriegsminister“ und „Lügen“ nannte, in seiner Behauptung bestätigt. Es ist kein Zufall, daß Gehler trotz dem seinen Prozeß gegen dieses Blatt führen will. Er weiß, was er zu verdecken hat und drückt sich, möge man ihm noch so scharf angreifen.

## 127 Millionen Mark für die Bewaffnung der Reichswehr

Die Beratung über den Wehretat wurden am Sonnabend im Reichstag zu Ende geführt. In einer Anzahl von Positionen wurden Erhöhungen beschlossen, die vom „Sparauschuss“ notwendig waren. Sie betragen bei Mehrforderungen von insgesamt 70 Millionen etwas mehr als 10 Millionen; dabei werden die entsprechenden Positionen so gut wie nicht berührt, wenn die Bewaffnung und Geschützübungen 4 Millionen in Wegfall kommen. Es bleiben in etwa 50 Positionen 127 Millionen Mark übrig, darunter allein über 4 Millionen für Hauptmittel (pro Mann 40 Mark) und 28,5 Millionen für Handwaffen und bezugsfähige Munition! (Pro Mann 285 Mark!)

„Für jeden Reichswegmann entfallen im Durchschnitt 1270 Mark für Waffen und Geschützübungen, oder auf die wertvollste Bewaffnung umgerechnet; jeder Arbeiter hat etwa 6 Mark für Bewaffnung auszugeben.“

Die Streichungsanträge der Kommunisten wurden bis auf einen (Neubau einer Kaserne) sämtlich abgelehnt — in halber Mehrheit der Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen. Beim Antrag der Sozialdemokraten der sozialdemokratische Abgeordnete Eickert mit der Mehrheit für Aufrechterhaltung dieser Ausgaben aus Steuererlösen der Arbeiter, während die übrigen Sozialdemokraten mit den Kommunisten stimmten. Die SPD. wurde ursprünglich über 20 Millionen zur Prüfung beantragt und nur im Sparauschuss die Hälfte abhandeln lassen — damit die Öffentlichkeit hergestellt wird!

Die Sozialdemokraten lehnten mit den Bürgerlichen zusammen die Streichung von 600 000 Mark für Neubau des Offiziers-

kasinos in Jüterbog ab, angeblich, weil dort einige Rekruträume untergebracht seien.

Selbst ein Antrag, der von der Regierung eine Aufstellung über die Inhaftierten bei der Reichswehr (die immerhin 134 Todesopfer forderten) verlangt, wurde von der SPD. mit Niedergerichtet.

Das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten, welche alle Mittel für Waffen bewilligten, ließ in trotzdem Widerspruch gegen die Angriffe einzelner SPD.-Abgeordneten gegen das Reichswehrministerium wegen der offenkundig von jüdischen Reichswehrgenossen begünstigten Waffenlieferungen, auf die Gehler nur ausweichend und mit Verzögerungen antwortete.

## Polizei gegen Volkseigenschaft

Sowjetlisten in Ermittlungen beschlagnahmt

Wie der „Kämpfer“ mitteilt, hat die Polizei in Chemnitz auf eine fälschliche Denunziation der bürgerlichen Presse hin mehrere Genossen, die für den Volkseigenschaft sammelten, verhaftet und ihnen die Listen und Gelder abgenommen. Der Ortsgruppenleiter gelang es bis jetzt nicht, die Verhaftung der Listen und Gelder zu erreichen. Wenige Tage vorher hatten die bürgerlichen Wähler einen „Volkseigenschaft“ veröffentlicht, nach dem zwei junge Parteien, jüdischerweise im Auftrag der kommunistischen Partei Gelder für den Volkseigenschaft sammelten. Die Ortsgruppe Chemnitz erklärt dazu, daß an dieser Aktion kein wahres Wort ist. Auch die netzhaften Genossen konnten sich durch Ausweitung legitimieren.

Wenn man den Volkseigenschaft gelegentlich nicht schreit, so macht man es gleichmäßig durch die Polizei. Die Arbeiterklasse kann sich das nicht gefallen lassen.

## Werbt für Partei und Presse!

Sechsen Jahre nach der Novemberrevolution von 1918 konnten die Arbeiter mit Enten und Märschen, von dem netzlebenden deutschen Volke Millionenbeiträge zu verlangen. Mehr wie die Millionen Arbeiter, Angehörige und Beamte fliegen arbeitlos auf der Straße. Millionen kleiner Sparer sind im wahrsten Sinne des Wortes enteignet worden. Des letzten Monats herab, sagen sie mit den Arbeitern gemeinsam am Hungertisch.

Eine kleine Schar brutaler Räuber aber läßt nach wie vor ein Preisgeben. Alle Mittel zur Verleumdung, Verfall und Ruin sind ihnen dabei recht. Verleumdung und Verkauf ganzer Industriezweige an das Ausland, Festhalten der Waren auf den Lagern, um die Preise hochzuhalten, während Millionen hungern. Stilllegung der Betriebe, ja Abbruch der Produktionsstätten, das sind die Maßnahmen, mit denen eine brutale Kapitalistenklasse sich am Reber hält. Schonungslosste Ausbeutung der Arbeitenden läuft mit der Verleumdung der kleinen Sparer nebeneinander.

Den kleinen Massen vornehmend, daß dadurch die Preise herabgesetzt werden, wurde der Hundstagen geräuscht, wurden die Löhne gedrückt. Trotzdem blühen die Warenpreise für die breiten Massen unerträglich hoch. Die Massen können die teuren Waren nicht kaufen. Die Betriebe bleiben stehen.

Weshalb ist es möglich, daß Sechsen Jahre nach der Oktoberrevolution die Arbeiter ihren Kaufkraft auf das deutsche Proletariat unternehmen? Weshalb können die Kapitalisten ihren letzten Ausbeutungsgeldzug führen? Mit der Diktatur drohen?

Weil den Werkstätten eine Partei fehlt, die die gesamten Schichten zusammenschließt, die klassenlos die Interessen der Werkstätten vertritt. Weil den arbeitenden Massen die Presse fehlt, um Klärung über die Willkürmaßnahmen zu verbreiten.

Die kommunistische Partei ist die Partei aller Unterdrückten. Sie kämpft, wie Karl Marx im kommunistischen Manifest sagt, nicht für bestimmte Schichten, sondern für das gesamte Proletariat. Die Stärkung der kommunistischen Partei ist der Weg zur Befreiung der Massen.

Die „Arbeiterstimme“ ist das Organ der Partei, das den Kampf der Partei mitführt. Die „Arbeiterstimme“ ist der Kampf der Unterdrückten, der Ruf an die Schlafenden. Jeder der „Arbeiterstimme“ werden Kämpfer der Revolution.

Die Belegschaft der KPD, Ostfachsen, der Verlag und die Redaktion haben beschlossen, in der Woche vom 21. bis 28. Februar eine Werbekampagne für die Partei und Zeitung im Unterbezirk Dresden durchzuführen. Jeder, der einen neuen Leser werbt, gewinnt einen Kämpfer für die Revolution.

Alle Mann an die Arbeit! Werkt die Armer der Klassenkämpfer, werkt jeder für die „Arbeiterstimme“!

Verlag und Redaktion.

## Ueberrassungen und Ehrenwort

Verstärkt den Kampf für die Landtagsauflösung

R.R. Am Donnerstag vergangener Woche wurde im Landtag ein Kampf ausgefochten, der die Rolle der Sozialdemokraten und ihre Wandern im klaren Licht erscheinen ließ. Wille und Förderung der jüdischen Arbeiterklasse ist die Aufstellung und die Befestigung der Reichsregierung. Mit allen Mitteln verjagen die Sozialdemokraten, Linke wie Rechte, diesen Fortschritt der Arbeiter auszuweichen. Als am Donnerstag die Kommunisten diese Frage in den Vordergrund der Auseinandersetzungen rückten, erklärten die Linken eine wütende Reaktion gegen die Kommunisten. Die Linken waren es dann auch, die die sofortige Vertagung des Antrages zu Fall brachten. Sie verurteilten, die baldige Beratung zu verhindern. Die Rechten sahen, sowohl sie überhaupt im Saal waren, ruhig zu und stimmten für sofortige Beratung. Aus dieser Stellung der Rechten war für jeden, der die Lage in der jüdischen SPD. kennt, ganz klar: die Rechten denken gar nicht daran, den Forderungen des Landesparteitages stattzugeben. Sie sind trotz allen Geschrei der Linken entschlossen, die Auflösung des Landtages zu sabotieren. Unterstrichen wurde diese Haltung dadurch, daß bei den Ausführungen von Schwarz, der von einem angeblichen Ehrenwort der Rechten für die Auflösung sprach, eine Anzahl der Rechten demonstrativ den Saal verließ.

Wenn die Sitzung vom Donnerstag nicht die Auflösung gebracht hat, dann brachte sie aber doch schon genügend Klarheit für die sozialdemokratischen und die gesamten jüdischen Arbeiter, daß die „Einigkeit“, die nach dem Landesparteitag in der SPD. verkündet wurde, nichts anderes als eine neue große Täuschung der Arbeiter war. Die Linken, hinter denen die sozialdemokratischen Arbeiter auch auf dem Landesparteitag gestanden, die es aber nicht gewagt, den Arbeitern klaren Wein einzuschütten, sondern die die Klänge des Parteivorstandes mißwünscht, erweilten sich immer mehr als Schwadronen, die mit den Arbeitern, die hinter ihnen stehen, nichts anzulangen wissen. Diese Linken erwiesen sich wieder als eine Gruppe schwankender Feiglinge, die sich ins Schlepptau des Parteivorstandes nehmen ließen und nun wieder Spott und Hohn ernten. Die Verlogenheit aber bei diesem Spiel, und zwar die von beiden Seiten Betroffenen, sind die jüdischen Arbeiter, die ob solcher Reichwehen enttäuscht, vergebens auf die Auflösung des Landtages warten.

Morgen steht auf der Tagesordnung wieder die Auflösung des Landtages. Morgen gibt es kein Randspitzen, da muß gekämpft werden, es sei denn, daß die Linken die Komödie einer dritten Beratung ins Feld führen und damit drei weitere Tage Salzenfrüß erhalten. Abern werden sie damit nichts, sondern sich erneut der Lächerlichkeit ausliehen. Werden nun morgen die Rechten mit für die Auflösung stimmen? So wie die Dinge jetzt liegen, denken sie gar nicht daran. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden eine neue Probe aufs Exempel darüber erhalten, was ihre Beschlässe und Forderungen in der sozialdemokratischen Partei wert sind.

Inzwischen hatte schon am Mittwoch, wie wir jetzt erfahren, eine Sitzung der Koalitionsparteien stattgefunden. Die „Jüttauer Morgenzeitung“, das Organ der Demokraten, meldet dazu: „Wie wir erfahren, hat Mittwoch nachmittag in Dresden eine Sitzung der drei Koalitionsparteien stattgefunden, die sich mit der Tagesordnung der Landtagsauflösung beschäftigte. Es herrschte in allen Punkten vollständige Uebereinstimmung. Ueberrassungen sind ausgeschlossen.“

Wenn eine solche Sitzung stattgefunden hat, dann gilt die Abmachung auch für die morgige Landtagsauflösung. Die Tatsache aber, daß die Sozialdemokraten mit den Demokraten und Koalitionsparteien eine Sitzung abgehalten haben, zeigt, daß auf die Beschlässe des Landesparteitages gekümmert wird. Die Wähler der SPD. schweigen die Reize tot. Das „Sächsische Volksblatt“, das die Mitteilung bringt, schreibt dazu folgenden wehleidigen Kommentar:

„Hier kann nur zweierlei vorliegen. Entweder freche Lügen gemeinsamer Reporter, oder aber, woran wir nicht glauben, eine ganz gemeine Hinterhältigkeit, ein offener Affront gegen die jüdischen Parteigenossen.“

Es kann nicht wahr sein, was hier die „J. M.“ über eine Sitzung der Koalitionsparteien sabuliert (Schmut hat also wieder geschwindelt), weil die Fraktion der SPD. weder von dieser Sitzung unterrichtet war oder ist, weil deshalb fremder niemand von der SPD-Fraktion zu dieser „Sitzung“ delegiert war und will weder über Sitzungen noch über Verlauf der „Sitzung“ in der Fraktion der SPD. irgendwelcher Bericht gegeben werden ist.“

Diese Jammerrede zeigt nur, daß die Linken wieder einmal nicht wissen, was sie tun sollen. Den Mut, sich wirklich von den Rechten zu trennen, bringen die Linken nicht auf. Die Rechten werden aber nach wie vor vom Parteivorstand geführt. Die U-

erkläre... Drogerie... Bezugspreis... d... ern... entrale... Straße 39... Hirsch... na... Bollmann... Conit... Sonntag... unter Ball... lian, Farben... Pinsel, Nähr... artikel, Ver... mmiwaren... tamentglas... schineade... d... sner... (Sächs. Volk... Sallemor... denn dort... - hot man... TRASSE 31